

ZWISCHEN KLASSENKAMPF UND INDIVIDUATION: DER VORSCHLAG EINER RADIKALDEMOKRATISCHEN IDENTITÄTSPOLITIK

LEON LOBENBERG (BA)

UNIVERSITÄT MÜNSTER

LEON.LOBENBERG@GMX.DE

ZUSAMMENFASSUNG

Identitätspolitik wird dafür kritisiert, linke Bewegungen zu spalten und lediglich Reformismus zu betreiben. Dem daraus abgeleiteten Ruf nach Linkspopulismus, der die „soziale Frage“ wieder artikulieren soll, wird von identitätspolitischer Seite wiederum ein zu vereinheitlichender Bezug auf Klasse und Nation vorgeworfen. In diesem Essay argumentiere ich einerseits, dass beide Positionen in ihren Extremen *das Politische* verneinen und dass zwischen ihnen andererseits eine ambivalente Spannung herrscht: Die Konstruktion von Identität ist notwendig für die Artikulation von Interessen, wirkt tendenziell aber essentialistisch, weshalb sie immer wieder auf Ausschlüsse untersucht und dementsprechend kritisiert werden muss. Ich schlage vor, diese Spannung als konstitutives Prinzip einer *radikaldemokratischen Identitätspolitik* anzuerkennen: Identitätskonstruktionen müssen konstant kritisiert werden, gleichzeitig bilden sie jedoch die Chance, eine gegenhegemoniale Alternative zur neoliberalen Hegemonie zu etablieren.

KEY WORDS: IDENTITÄTSPOLITIK REFORMISMUS HEGEMONIE RADIKALE DEMOKRATIE

BETWEEN CLASS STRUGGLE AND INDIVIDUATION: THE PROPOSAL OF A RADICAL DEMOCRATIC IDENTITY POLITICS

LEON LOBENBERG (BA)
UNIVERSITÄT MÜNSTER
LEON.LOBENBERG@GMX.DE

ABSTRACT

Identity politics is criticised for splitting left movements and for being mere reformism. The resulting call for left populism to re-articulate the "social question", is in turn accused by identity politics of an over-unifying reference to class and nation. In this essay, I argue on the one hand that both positions in their extremes negate the Political, but on the other hand that there is an ambivalent tension between them: the construction of identity is necessary for the articulation of interests, but tends to have an essentialist effect, which is why it must always be scrutinised for exclusions and criticised accordingly. I propose to recognise this tension as a constitutive principle of a radical democratic identity politics: Identity constructions have to be constantly criticized, but at the same time they form the chance to establish a counter-hegemonic alternative to neoliberal hegemony.

KEY WORDS: **IDENTITY POLITICS** **REFORMISM** **HEGEMONY** **RADICAL DEMOCRACY**

„Das Kennzeichen demokratischer Politik ist die Konfrontation zwischen konkurrierenden hegemonialen Projekten, eine Konfrontation, bei der eine endgültige Versöhnung ausgeschlossen ist.“ (Mouffe 2014: 42)

SCHLAGLICHTER EINER DEBATTE

Die Debatte um Identitätspolitik polarisiert. Nicht nur in liberalen Kreisen wird sie geführt (etwa Thierse 2021; Di Lorenzo 2021; Lilla 2016), sondern auch in sich als links verstehenden Zusammenhängen (etwa Lafontaine 2021; Fraser 2017). Letztere werfen der Identitätspolitik vor, den Horizont des Gemeinsamen zu vernachlässigen und dadurch linke Politik an Schlagkraft zu berauben, weil die relevante Eigentumsfrage nicht mehr gestellt würde, wie dies exemplarisch Bernd Stegemann formuliert hat (Stegemann 2017). Befürworter*innen von Identitätspolitik halten dagegen, dass die Beschwörung einer (Klassen-)Gemeinschaft immer dazu tendiere, Pluralität und damit Unterdrückungsmechanismen unsichtbar zu machen und dementsprechend nicht vereinbar sei mit einer Emanzipation von Herrschaft (etwa Purtschert 2017; Schubert/Schwartz 2021).

Zwischen beiden Positionen herrscht unverkennbar eine Spannung: Die links-ökonomische Seite beschwört die Kraft der Gemeinschaft, die „identitätspolitische“ Seite den Pluralismus und die Differenz. In diesem Essay möchte ich untersuchen, welche Schlüsse sich aus dieser Spannung für die Formulierung einer linken radikaldemokratischen Strategie ziehen lassen. Meine These: Beide Positionen negieren in ihren Extremen das Politische, das ich mit Chantal Mouffe als gesellschaftskonstituierenden Ort des Antagonismus begreife (Mouffe 2017: 16). Eine linke radikaldemokratische Strategie sollte hingegen die Dimension der Gemeinschaft sowie die der Differenz zusammendenken und dadurch die Konfliktivität von Demokratie wieder betonen. Ich nenne solch ein Projekt eine radikaldemokratische Identitätspolitik.

IDENTITÄTSPOLITIK ZEIGT DIE AUSSCHLÜSSE DES UNIVERSALISMUS AUF

Der Begründung meiner These muss eine Klärung der Begrifflichkeit von Identitätspolitik vorangestellt werden. Der in den 1970er Jahren entstandene Begriff bezeichnet die radikale Kritik an einer hegemonialen Gesellschaftsordnung, die sich als Universalismus präsentiert und dadurch zwangsläufig bestimmte Identitäten aus dem Rahmen seiner Intelligibilität ausschließt. Gleichzeitig bezeichnet der Begriff politische Operationen, die es marginalisierten Gruppen ermöglichen, diese Exklusion aufzuheben und für Gleichbehandlung zu kämpfen (etwa Purtschert 2017; Supik 2005).

Ernesto Laclau und Chantal Mouffe zeigen auf, dass solche identitätspolitischen Operationen der (De-)Konstruktion ein dekonstruktivistisches Verständnis von Identität implizieren: Identität kann nicht als reine Präsenz – also als objektiv vorhanden – gedacht werden, sondern erhält ihre Bedeutung lediglich durch ihre hegemoniale Fixierung innerhalb eines Differenzsystems (Laclau/Mouffe 2015: 145). Identitäten seien rein relational, weshalb Laclau und Mouffe von *Subjektpositionen* sprechen (Laclau/Mouffe 2015: 150). Das Differenzsystem ist das Ergebnis einer politischen und hegemonialen Intervention, einer *Artikulation* (Laclau/Mouffe 2015: 148). Identität

und Gesellschaft müssen dementsprechend immer als etwas politisch Gewordenes begriffen werden, das von Macht durchzogen ist, durch eine Gegenmacht aber auch wieder verändert werden kann (Mouffe 2014: 22).

Identitätspolitik kann so gesehen als ein Versuch der Etablierung einer Gegenmacht verstanden werden. Indem identitätspolitische Akteur*innen die Unterordnungen und Ausschlüsse ihrer Subjektposition kritisieren, wird ein Unterordnungsverhältnis, das vorher als natürlich fixiert wahrgenommen wurde, als Unterdrückungsverhältnis umgedeutet und es entsteht ein Antagonismus (Laclau/Mouffe 2015: 190).

IDENTITÄTSPOLITIK IST NICHT MIT ANTI-DISKRIMINIERUNGSPOLITIK GLEICHZUSETZEN

Diese Ausführungen lassen die Schlussfolgerung zu, dass die oben skizzierte Gegenüberstellung von einer „rein kulturellen“ Identitätspolitik und einer „sozialen“ Klassenpolitik fragwürdig ist, da die identitätspolitische Kritik an der exkludierenden hegemonialen Gesellschaftsordnung auch sozio-ökonomische Ungleichheiten in den Blick nimmt. Präziser lässt sich die Gegenüberstellung fassen, wenn wir akzeptieren, dass links-ökonomische Kritiker*innen eigentlich Anti-Diskriminierungspolitik meinen, wenn sie von Identitätspolitik sprechen (Pape/Müller-Bahlke 2021). Anti-Diskriminierungspolitik meint hierbei ein Politikverständnis, welches Identität als der Gesellschaft vorgängig versteht. Sabine Hark hat festgestellt, dass dieser Vorstellung von Identität zufolge Diskriminierung alles sei, was die jeweilige Identität an ihrem „authentischen“ erscheinen hindern würde (Hark 1996: 137–139). Antidiskriminierung soll es Individuen deshalb ermöglichen den Prozess der Individuation – der Selbstwerdung – vollziehen zu können, also ihre „wahre“ Identität ausleben zu dürfen.

Diese liberale Vorstellung einer prädiskursiven Identität, welche von Diskriminierung „befreit“ werden müsse, ignoriert jedoch, dass Identität durch Macht nicht verzerrt, sondern überhaupt erst durch diese konstituiert wird. Sie bekommt dadurch das wesentlich *Politische* von Identität nicht in den Blick: Es wird unmöglich zu fragen, in welche Herrschaftsverhältnisse die Artikulation von Identität eingebunden ist (Schneider 2013: 396). Die politische Analyse verliert sich in reiner Affirmation der jeweiligen, jetzt als Selbstbeschreibung empfundenen Subjektposition, wie dies in manchen Ansätzen der Queer-Theory der Fall ist (Linkerhand 2017). Identitätsherstellung und ihre Absicherung wird zum reinen Selbstzweck von Identitätspolitik.

Dies passt auf perfide Weise zum Subjektentwurf des Neoliberalismus, der Menschen als vereinzelte Individuen anruft und Emanzipation lediglich als „Aufstiegchancen für Minderheiten“ (Thaa 2018: 39) versteht. Durch die Individualisierung kann der neoliberalen Hegemonie nichts mehr entgegengesetzt werden. Nancy Fraser bezeichnet dieses Bündnis zwischen „progressiven Kräften [...] [und] den kognitiven Kräften des Kapitals“ (Fraser 2017: 72) deshalb als *progressiven Neoliberalismus* (Fraser 2017: 72).

An diese Kritik anschließend verstehe ich eine solche Form der Identitätspolitik mit Mouffe als *reinen Reformismus*, da durch die unkritische Bezugnahme auf prädiskursive Identitäten die „Prinzipien der bestehenden hegemonialen neoliberalen Gesellschaftsordnung“ (Mouffe 2018: 58)

uneingeschränkt akzeptiert werden. Anti-Diskriminierungspolitik reduziert den Politikbegriff auf *good governance*-Verfahren, deren identitätspolitischer Zweck die Realisierung von Harmonie zwischen den „vorhandenen“ Identitäten, also Antidiskriminierung, ist. Ein so gelagerter Politikbegriff ist unfähig, die Gesellschaft als einen gespaltenen und durch Artikulationen hervorgebrachten Raum zu begreifen. Er verneint das Politische und dadurch die Möglichkeit eines gegenhegemonialen Projekts.

REVOLUTIONÄRE POLITIK BLEIBT EINEM KLASSENESSENTIALISMUS VERHAFTET

Es hat den Anschein, als ob der Ruf nach der Stärkung der Klassenfrage gegenteilig gelagert wäre: Partikularistische Identitäten werden überwunden und zu einem schlagkräftigen Klassensubjekt zusammengeführt. Besonders präsent ist dieser „Ruf nach mehr Klasse“ derzeit zunehmend in Analysen des Rechtspopulismus zu vernehmen (Dowling et al. 2017): Rechtspopulismus wird als Aufbegehren einer kommunitaristischen Mehrheit gegen eine kosmopolitische Minderheit verstanden. Die Kommunitarist*innen begehren auf, weil ihre Interessen von den kosmopolitischen Globalisierungsgewinner*innen nicht mehr berücksichtigt werden würden (etwa Merkel 2017; Streeck 2017). Diese Repräsentationslücke müsse linke Politik wieder füllen (Heisterhagen 2018).

Problematisch an dieser Argumentation ist die Vorstellung einer essenziell vorhandenen, kommunitaristischen „Klasse“, was stark an den marxistischen Klassenessentialismus erinnert. Zurecht wird hieran kritisiert, dass ein solches Klassenverständnis notwendig auf Ausschlüssen beruht: So ist die gängige Vorstellung der „Arbeiterklasse“ durch eine unkritische Trennung zwischen produktiver und reproduktiver Arbeit charakterisiert, wodurch implizit die geschlechtliche Binarität naturalisiert und affirmiert wird (Federici 2020: 20; Friedrich 2018: 18–21). Gleichzeitig wirkt der Nationalstaat als konstitutiver Rahmen des Klassensubjekts, wodurch migrantische Arbeit oft aus klassenpolitischen Forderungen ausgeschlossen bleibt (Friedrich 2018: 18–21).

Die Aufgabe einer Politik, die auf solch einem essentialistischen und dadurch sexistischem und rassistischem Verständnis von (Klassen-)Identität beruht, ist es dann nur noch, eben jene Klasse zum Erscheinen zu bringen und revolutionär gegen den Hauptfeind, den Neoliberalismus, zu richten. Der Horizont dieser ökonomistischen Politik ist dementsprechend eine von Macht befreite, post-revolutionäre Gesellschaft. Daraus lässt sich folgern, dass dieser Politikbegriff, den ich mit Mouffe *revolutionäre Politik* (Mouffe 2018: 58) nenne, genau wie sein „Gegenspieler“, der reine Reformismus, die nicht aufzuhebende Spaltung von Gesellschaft verneint und das Politische nicht in den Blick bekommt.

DER VORSCHLAG EINER RADIKALDEMOKRATISCHEN IDENTITÄTSPOLITIK

Eine radikaldemokratische Bewegung steht nun vor dem Problem, keine dieser Politikkonzeptionen als handlungsleitendes Prinzip akzeptieren zu können: Beide stehen aufgrund der Essentialisierung von Identität sowie der Reduzierung von Politik auf rationale

Verfahrenstechniken konträr zur Idee der radikalen Demokratie, die jede Form von gesellschaftlicher Objektivität ablehnt und den Konflikt in ihr Zentrum stellt (Flügel-Martinsen 2020: 59). Gleichzeitig gibt es aufgrund der neoliberalen Hegemonie mit all ihren Ausschlüssen jedoch einen enormen Handlungsbedarf.

In diskurstheoretischen Begriffen ausgedrückt, besteht das Dilemma darin, dass einerseits jede Konstruktion von Identität Ausschlüsse und damit tendenziell Essentialismen produziert. Andererseits sind diese jedoch notwendig, um überhaupt als Gruppe mit Forderungen wahrgenommen werden zu können. Ich schlage vor, dieses Dilemma als produktiv zu betrachten. Es zeigt auf, dass eine radikaldemokratische Identitätspolitik immer als Prozess zweier sich bedingender Logiken verstanden werden muss: Der Konstruktion einer Allianz und dem gleichzeitigen Aufzeigen von Differenz innerhalb dieser.

Erstens: Um eine politisch wahrnehmbare Allianz zu konstruieren, bedarf es der Gleichsetzung partikularer Subjektpositionen, um diese in eine *Äquivalenzkette* (Laclau/Mouffe 2015: 214) einzureihen. Eine Äquivalenzkette konstituiert sich durch die Konstruktion eines gemeinsamen Antagonismus sowie durch den gemeinsamen Bezug auf einen *leeren Signifikanten*, also auf eine allgemeine Forderung (Laclau 2007: 154), unter die die eigentlich differentiellen Forderungen temporär subsumiert werden: So kann beispielsweise der feministische Kampf und der antirassistische Kampf unter dem gemeinsamen Signifikanten „Kampf für soziale Gerechtigkeit“ und in Abgrenzung zur „kapitalistischen Ausbeutung“ miteinander verbunden werden. Diese Allianz kann gegen die öffentliche Debatte wirken, die den antisexistischen Kampf als unverbunden neben dem antirassistischen Kampf versteht und so das Potential einer Diskursverschiebung bieten, die es bestimmten Subjektpositionen nun ermöglicht, ihre Interessen als verallgemeinerbare und legitime Forderungen darzustellen.

Diese vereinheitlichende Konstruktion führt jedoch zwangsläufig dazu, eigentlich differentielle Subjektpositionen und Forderungen künstlich zu homogenisieren. Um dies zu verhindern, muss zweitens die hegemoniale Konstruktion einer homogenen Allianz immer von dem begleitet werden, was gemeinhin „Identitätspolitik“ genannt wird: Dem Aufzeigen von Differenzen innerhalb einer Allianz. Denn die verschiedenen Bündnispartner*innen mögen zwar das gleiche Ziel einer gerechten Gesellschaft haben, sie haben aber dennoch innerhalb der hegemonialen Gesellschaftsordnung unterschiedliche Ausgangspositionen, die mit unterschiedlichen Privilegien und Diskriminierungsformen verbunden sind. Diese verschiedenen, teils intersektionalen Positionen müssen beachtet werden, da sonst „der Appell zur Solidarität aus der Perspektive der [...] Dominanzposition heraus vielmehr einem Aufruf zur Unterordnung gleichkommt“ (Susemichel/Kastner 2021: 41). Es muss also immer wieder das rein strategische Moment jeder (kollektiven) Identität aufgezeigt werden, damit auf Basis der Unterschiede ebenso eine (Re-)Konstruktion von Identität stattfinden kann, sodass diese „intersubjektiv anschlussfähig“ (Schubert/Schwartz 2021: 589) bleibt.

Indem Identitätspolitik die Prozesse der Konstruktion und Dekonstruktion auf diese Weise miteinander verbindet, hat sie das Potenzial, die Demokratie innerhalb sowie außerhalb der identitätspolitischen Bewegung zu radikalieren: Nach innen fragt sie ständig nach den

Differenzen der unterschiedlichen Akteur*innen, um darauf aufbauend gemeinsame Forderungen demokratisch auszuloten. Nach außen stellt sie eine gegenhegemoniale Alternative dar, wodurch der demokratische Konflikt zwischen rational nicht vereinbaren Projekten wieder hergestellt wird. Sie wird dadurch zu einer radikaldemokratischen Identitätspolitik.

LITERATUR

- Di Lorenzo, Giovanni (2021): Pressefreiheit: Wofür stehen wir? Abrufbar unter: <https://www.zeit.de/2021/09/pressefreiheit-journalismus-gesellschaft-spaltung-politik/seite-2>, letzter Zugriff am 15.05.2021.
- Dowling, Emma/van Dyk, Silke/Graefe, Stefanie (2017): Rückkehr des Hauptwiderspruchs? Anmerkungen zur aktuellen Debatte um den Erfolg der Neuen Rechten und das Versagen der „Identitätspolitik“. In: *PROKLA*, 47 (3), 411–420.
- Federici, Silvia (2020): Caliban und die Hexe. Frauen, der Körper und die ursprüngliche Akkumulation. 8. Auflage. Wien, Berlin: Mandelbaum.
- Flügel-Martinsen, Oliver (2020): Radikale Demokratietheorien zur Einführung. 1. Auflage. Hamburg: Junius.
- Fraser, Nancy (2017): Für eine neue Linke oder. Das Ende des progressiven Neoliberalismus. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 62 (2), 71–76.
- Friedrich, Sebastian (2018): Neue Klassenpolitik. Eine Perspektive gegen die neoliberale und rechte Erzählung. In: Sebastian Friedrich (Hg.), *Neue Klassenpolitik. Linke Strategien gegen Rechtsruck und Neoliberalismus*. 1. Auflage. Berlin: Bertz + Fischer, 12–22.
- Hark, Sabine (1996): *Deviante Subjekte. Die paradoxe Politik der Identität*. 2. Auflage. Opladen: Leske + Budrich.
- Heisterhagen, Nils (2018): Linker Realismus. Eine neue Politik für eine neue Zeit. In: *Neue Gesellschaft | Frankfurter Hefte*, 14 (10), 4–8.
- Laclau, Ernesto (2007): *On populist reason*. London: Verso.
- Laclau, Ernesto/Mouffe, Chantal (2015): *Hegemonie und radikale Demokratie. Zur Dekonstruktion des Marxismus*. 5. Auflage. Wien: Passagen Verlag.
- Lafontaine, Oskar (2021): Die linken Parteien kämpfen nicht mehr für ihr Klientel. Abrufbar unter: <https://www.theeuropean.de/oskar-lafontaine/die-identitaetspolitik-spaltet-die-gesellschaft/>, letzter Zugriff am 28.03.2022.
- Lilla, Mark (2016): Identitätspolitik ist keine Politik. Abrufbar unter: <https://www.nzz.ch/feuilleton/mark-lilla-ueber-die-krise-des-linkoliberalismus-identitaetspolitik-ist-keine-politik-ld.130695>, letzter Zugriff am 01.03.2022.
- Linkerhand, Koschka (2017): Treffpunkt im Unendlichen. Das Problem mit der Identität. In: Patsy L'Amour LaLove (Hg.), *Beißreflexe. Kritik an queerem Aktivismus, autoritären Sehnsüchten, Sprechverboten*. 4. Auflage. Berlin: Querverlag, 52–60.
- Marchart, Oliver (2016): *Die politische Differenz. Zum Denken des Politischen bei Nancy, Lefort, Badiou, Laclau und Agamben*. 3. Auflage. Berlin: Suhrkamp.
- Merkel, Wolfgang (2017): Die populistische Revolte. In: *Kulturpolitische Mitteilungen* (157), 53–56.
- Mouffe, Chantal (2018): *Für einen linken Populismus*. Berlin: Suhrkamp.
- Mouffe, Chantal (2017): *Über das Politische. Wider die kosmopolitische Illusion*. 7. Auflage. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Mouffe, Chantal (2015): *Das demokratische Paradox. Durchgesehene Nachauflage*. Wien: Turia + Kant.
- Mouffe, Chantal (2014): *Agonistik. Die Welt politisch denken*. 1. Auflage. Berlin: Suhrkamp.

- Pape, David/Müller-Bahlke, Karl (2021): Produzierte Ungleichheit. Abrufbar unter: <https://www.jungewelt.de/artikel/406389.k%C3%A4mpfe-um-erkennung-produzierte-ungleichheit.htmls>, letzter Zugriff am 21.07.2021.
- Purtschert, Patricia (2017): Es gibt kein Jenseits der Identitätspolitik: Lernen vom Combahee River Collective. In: *Widerspruch - Beiträge zu sozialistischer Politik* 36 (1), 15–22.
- Schneider, Etienne (2013): Intersektionalität und marxistische Gesellschaftstheorie. In: *PROKLA*, 43 (172), 381–400.
- Schubert, Karsten/Schwartz, Helge (2021): Konstruktivistische Identitätspolitik. In: *Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 31 (4), 565–593.
- Stegemann, Bernd (2017): Der liberale Populismus und seine Feinde. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 62 (4), 81–94.
- Streeck, Wolfgang (2017): The Return of the Repressed. In: *New Left Review*, (104), 5–18.
- Supik, Linda (2005): Dezentrierte Positionierung. Stuart Halls Konzept der Identitätspolitik. 1. Auflage. Bielefeld: transcript Verlag.
- Susemichel, Lea/Kastner, Jens (2021): Unbedingte Solidarität. In: Lea Susemichel/Jens Kastner (Hg.), *Unbedingte Solidarität*. 1. Auflage. Münster: Unrast, 13–48.
- Thaa, Winfried (2018): Liberale Identitätspolitik und die Kulturalisierung sozialer Ungleichheit. In: *Neue Gesellschaft | Frankfurter Hefte* 14 (10), 38–42.
- Thierse, Wolfgang (2021): Wie viel Identität verträgt die Gesellschaft? Abrufbar unter: <https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/wolfgang-thierse-wie-viel-identitaet-vertraegt-die-gesellschaft-17209407.html>, letzter Zugriff am 02.11.2021.